

Abstimmung über EU-Agrarreform am 12./ 13. März 2013 in Strasbourg

Worum geht es?

Am 12./ 13. März 2013 stimmen die Mitglieder des Europäischen Parlamentes (MEPs) über die künftige EU-Agrarpolitik für die nächsten sieben Jahre ab. Ein Finanzvolumen von rund 373,5 von insgesamt 960 Milliarden Euro des EU-Haushaltes (39 %) sollen in den kommenden Jahren in die Landwirtschaft fließen (im Jahr 53,4 Milliarden Euro/ 100 Euro pro Kopf). Der Vorschlag des Agrar-ausschusses und das darin verankerte „Greening“ wurde von der Agrarlobby und Bauernverbänden verwässert und geht uns nicht weit genug.

Wir fordern diese öffentlichen Mittel für eine nachhaltige, ökologische und gerechte Agrarpolitik einzusetzen und der Agrarindustrie durch unsere gewählten VolksvertreterInnen eine Absage zu erteilen!

Worüber stimmen SIE ab?

- Welche Formen der Landwirtschaft werden sich für Landwirte in der EU noch lohnen?
- Wie viele Höfe überleben bis 2020? (Ein Viertel aller Höfe hat 2007-2013 aufgegeben.)
- Wie verhindern wir die weitere Entvölkerung ländlicher Regionen?
- Wie verändern sich unsere Landschaften? Wie viele Arten überleben die Monokulturen?
- Welche Lebensmittel werden uns von wo zu welchem Preis angeboten?

Wir wollen eine bäuerliche und in der Region Brandenburg - Berlin verankerte Landwirtschaft. Wir wollen die ländlichen Räume lebenswert gestalten, junge Menschen auf den Dörfern halten und Neueinsteigern in die Landwirtschaft Chancen bieten. Wir wollen eine ökologisch-nachhaltige Wirtschaftsweise und faire Arbeitsplätze für eine regionale Wertschöpfung. Eine bäuerliche Agrarstruktur ist unsere Antwort auf die Gewährleistung von Lebensmittelsouveränität.

Wir brauchen eine Abkehr von agrarindustrieller Landwirtschaft und stattdessen die Förderung bäuerlicher Landwirtschaft. Die soziale Frage spielt, neben ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten der Agrarpolitik, eine ebenso wichtige Rolle. Der Vorschlag des EU-Agrarausschusses fördert eine unsoziale, ungerechte und kapitalbasierte Agrarstruktur, deren Folge Lohnsenkungen bei ArbeitnehmerInnen, Preisdruck bei ErzeugerInnen sowie Machtkonzentration innerhalb der Wertschöpfungskette sind.

Soziale Gerechtigkeit dagegen heißt:

- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- faire ErzeugerInnenpreise
- gesunde und leistbare Ernährung für alle! Gutes Essen darf kein Luxus sein!

Die Agrarsubventionen sollen an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden wie z.B. die nachhaltige Förderung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Wir brauchen ein klares politisches Bekenntnis zu bäuerlichen und ökologischen Landnutzung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft!

Nutzen SIE Ihre Stimme und setzen Sie sich im Interesse einer nachhaltigen, ökologischen und gerechten Agrarpolitik ein! Für eine bäuerliche Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft, Belebung des ländlichen Raumes, Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft! Erteilen Sie Agrarindustrie eine Absage.

Auflistung einiger Knackpunkte zwischen Vorschlägen des Agrarausschusses und unseren Vorschlägen wie die Abgeordneten im Plenum im März abstimmen sollten

Das will der Agrarausschuss des EP	Das wollen wir
Empfänger der Subventionen bleiben geheim	Volle Transparenz bei allen Subventionen
Einhaltung des Greenings würde de facto freiwillig: Wer auf 30 Prozent der Zahlungen verzichtet, kauft sich frei und behält 70% der Subventionen	Einhaltung des Greening ist Voraussetzung für die gesamten Direktzahlungen (KOM*)
Umweltleistungen werden durch Direktzahlungen und spezielle Umweltmittel zweimal bezahlt	Keine Doppelzahlungen für ein und dieselbe Leistung (KOM)
Die Vorgaben selbst würden mit einer Vielzahl von Ausnahmen und sogenannten „gleichwertigen Standards“ der einzelnen Mitgliedsstaaten unterlaufen	Einfache, klare, leicht zu verwaltende und zu überprüfende Mindeststandards für alle Landwirte (KOM)
Statt 7 % ökologischer Vorrangfläche sollen nur 3 % vorgeschrieben werden, die dann später gesteigert werden könnten	Wenn schon nicht 10 Prozent, dann wenigstens die von der Kommission vorgeschlagenen 7% (KOM)
Nicht die Landwirte, die das Geld bekommen, sondern die Staaten bzw. Bundesländer sollen garantieren, dass die Fläche der Weiden und Wiesen nicht geringer wird	Weiden und Wiesen nicht umzubereiten soll eine Voraussetzung für die Zahlungen bleiben und deshalb in der Verantwortung jedes Landwirts (KOM)
Steuergelder für die ländliche Entwicklung (2. Säule) sollen in private Versicherungen gegen Preisschwankungen fließen können	Keine Steuergelder für private Versicherungssubventionen, die nur Banken und Versicherungsgesellschaften nützen
Anbau-„Diversifizierung“: Zwei Früchte ab einer Größe von 10 ha, drei ab 30 ha – Monokulturen bleiben stets auf 80% der Ackerfläche möglich (Kommission schlägt 2 Früchte ab 5 ha und 70% vor)	Statt „Diversifizierung“ in einem Jahr, echte Fruchtfolge von mindestens 3 Früchten über drei Jahre für alle Betriebe – nur so verhindern wir Monokulturen (Position des Umweltausschusses)
Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der Wasserschutz- und der Pestizid-Richtlinie der EU keine Voraussetzung für die Direktzahlungen	Gerade die Einhaltung aller Gewässerschutz- und Pestizidgesetze muß Voraussetzung für die Zahlungen bleiben (KOM)
Keine Überprüfung der Auswirkungen der Agrarpolitik auf Welthunger und kleine Landwirte in Entwicklungsländern	Monitoring der globalen Auswirkungen und Einhaltung internationaler Abkommen (Position des Entwicklungsausschusses)
Exportsubventionen beibehalten, wegen hoher Weltmarktpreise gegenwärtig keine Mittel dafür	Endgültige Abschaffung der Exportsubventionen (Pos. Entwicklungsausschuss)

„KOM“ heißt, den Vorschlag der Kommission beizubehalten. (Stand. 31. Januar 2013)

Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Willi Lehnert
+49.177.5444 749
willi-lehnert@gmx.de